

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: ILO - Diskontpolitik - Gemeinsamer Fonds - Japan - China

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: ILO - Diskontpolitik - Gemeinsamer Fonds - Japan - China, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 12, pp. 593-594

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135138>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ILO

Austrittsdrohung wahrgemacht

Am 1. November hat der amerikanische Präsident Carter die schon seit langem im Raum stehende Drohung wahrgemacht und den Austritt der USA aus der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erklärt. Seither muß sich diese Unterorganisation der Vereinten Nationen mit dem Problem auseinandersetzen, wie die finanziellen und politischen Konsequenzen der amerikanischen Entscheidung zu bewältigen sind.

Die Einnahmen der ILO werden als Folge des amerikanischen Austritts — wenn nicht andere Länder mehr zahlen — um 25 % zurückgehen. Zahlreiche Vorhaben wie z. B. Tagungen, Symposien sowie die Dritte Europäische Regionalkonferenz, die für 1978/79 geplant ist, sind schon jetzt auf die Liste der unsicheren Projekte gesetzt worden. 32 Mill. \$ sollen ersten Meldungen nach durch Kürzungen im Personalhaushalt aufgebracht werden. Ob die Aktivitäten der 800 Experten in den Ländern der Dritten Welt auch dem Rotstift zum Opfer fallen, ist noch ungewiß. An den früher geplanten Ausbau des in den letzten Jahren zielstrebig aufgebauten Programms für technische und soziale Hilfe in diesen Ländern ist jedenfalls nicht mehr zu denken.

In jedem Fall werden vor allem die Entwicklungsländer die finanziellen Folgen der amerikanischen Entscheidung zu tragen haben. Bei den meisten amerikanischen Politikern, Gewerkschaftlern und Unternehmern stoßen aber die Klagen der betroffenen Länder auf taube Ohren. Denn schon lange bemängeln viele Amerikaner die Politisierung der ILO durch die Länder der Dritten Welt und die Ostblockstaaten. Diese Staaten hätten — so heißt es u. a. in Washington — die Ursachen für den Austritt trotz mehrfacher Warnungen selbst geschaffen. Ob diese Haltung aber tatsächlich den politischen Interessen der USA und anderer Industrieländer im Nord-Süd-Dialog nützen wird, bleibt fraglich. mk

Diskontpolitik

Kontroverse Diskussion

Die Diskussion um Pro und Contra einer Senkung des seit über zwei Jahren geltenden Diskontsatzes von 3,5 % wird in den letzten Monaten so heftig wie in alten Zeiten geführt. Nicht nur Interessengruppen wie die — kreditnehmende — Wirtschaft (pro) und etwa der Sparkassenverband

(contra) melden sich zu Wort. Auch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben sich in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom vergangenen Herbst zum Fürsprecher einer Diskontsenkung gemacht; und der Sachverständigenrat läßt in seinem jüngsten Gutachten ebenfalls ein Pro-Votum durchschimmern.

Diese Diskussion im Jahre 1977 mag auf den ersten Blick überraschen. Schließlich ist die Bundesbank vor einigen Jahren schon dazu übergegangen, die Erfüllung ihrer wirtschaftspolitischen Aufgabe über eine Steuerung der Geldmenge anzustreben. Die Zinssätze sollten sich hierbei als Resultante ergeben. Doch dies gilt nicht für institutionell festgelegte Zinssätze wie namentlich den Diskontsatz. Mit einer bestimmten monetären Entwicklung sind durchaus unterschiedliche Diskontsätze kompatibel, stehen der Zentralbank doch verschiedene Instrumente für die Steuerung der Geldmenge zur Verfügung.

Im Prinzip geht die Auseinandersetzung aber gar nicht um das Verhältnis der „Zutaten“ für die aktuelle Geldmengensteuerung. Vielmehr geht es um Chancen und Risiken einer Senkung des ehemaligen Leitzinses für sich genommen. Die Protagonisten weisen vor allem auf die in konjunktureller Hinsicht möglichen positiven Effekte einer Senkung der am Diskontsatz orientierten Zinssätze hin. Demgegenüber schätzt die Bundesbank offenbar u. a. Gefahr und Ausmaß eines psychologischen Rückschlags für den Fall höher ein, daß eher als konjunkturell erwünscht eine Wiederanhebung des Diskontsatzes notwendig erschiene. Allerdings: entsteht dieser Effekt nicht ohnehin in dem Augenblick, in dem erkennbar wird, daß die geldpolitische Instanz bereits die Möglichkeit einer baldigen Diskont- bzw. Zinserhöhung wieder ins Kalkül einbezieht? wt

Gemeinsamer Fonds

Aneinander vorbeigeredet

Es kam wie es kommen mußte: Industrie- und Entwicklungsländer konnten sich auf der UNCTAD-Konferenz in Genf in Sachen „Gemeinsamer Fonds“ auch dieses Mal nicht zu einer Einigung durchringen. Wenn dies zwar auch keine Überraschung bedeutete, so mag sich dennoch einige Enttäuschung über die Haltung der Entwicklungsländer breitmachen, die die offensichtlichen Zugeständnisse der Industrieländer in keiner Weise honorieren.

Immerhin ist die Front der Reichen durch ihre grundsätzliche Zustimmung in Bewegung geraten, den Gemeinsamen Fonds mit eigenen Mitteln aus-

zustatten und diese unter Umständen auch für andere Zwecke als den Finanzausgleich zwischen den einzelnen Rohstoffabkommen zu verwenden. Auch die Kompetenz des Fonds, zusätzliche Kapitalmarktmittel aufnehmen zu können, wurde akzeptiert. Doch alles dies erschien den Entwicklungsländern an Zugeständnissen als zu dürftig, und so zogen sie sich noch vor dem offiziellen Ende der UNCTAD-Tagung trotzig in ihre Schmoll-ecke zurück.

Wie schon in der letzten Verhandlungsrunde der 3. UN-Seerechtskonferenz, in der „one country, one vote“ für die geplante Meeresbodenbehörde gefordert wurde, so streben die Entwicklungsländer auch im Rahmen des Gemeinsamen Fonds die Unterwerfung der Industrieländer unter das Joch der Mehrheitsentscheidung an. In diesem Punkt endete dann auch die Kompromißbereitschaft der Industrieländer in den Genfer Verhandlungen. So betrachtet hat man auf der UNCTAD-Tagung aneinander vorbeigeredet. Die Industrieländer befaßten sich mit der Frage, wie viele Arme der Polyp „Gemeinsamer Fonds“ haben soll, mit denen er nach den Vorstellungen der Entwicklungsländer einerseits die Geldgeber möglichst vielfältig anzapfen und andererseits die eingetriebenen Mittel für möglichst zahlreiche Zwecke verwenden kann. Den Entwicklungsländern ging es hingegen schlicht und einfach um die totale Kapitulation der Industrieländer. bo

Japan

Trügerische Hoffnungen

Mit dem steigenden Überschuß der japanischen Leistungsbilanz von allein 7,2 Mrd. \$ während der ersten zehn Monate 1977 und dem damit verbundenen Höhenflug des Yen mit einer De-facto-Aufwertung von 22% gegenüber dem \$ wächst auch die Kritik des Auslands über das Ausbleiben klarer und energischer Maßnahmen seitens der japanischen Regierung insbesondere auf dem Gebiet der Importpolitik. Gefordert wird eine Erhöhung der japanischen Importe, eine Senkung der Einfuhrzölle sowie der Abbau der nicht-tarifären Handelsschranken. Ferner werden die staatlichen Exportförderungsmaßnahmen und die erschwerten Markteintrittsbedingungen in Japan kritisiert.

Als Reaktion auf diese Forderungen verkündete die japanische Regierung ein Sofortprogramm zur Importsteigerung, das einige Konzessionen vorsieht. Doch ist der Umfang und der Zeitpunkt seiner Verwirklichung noch völlig unklar. Angesichts der ungebrochenen Exportstärke der japanischen Wirtschaft ist auch die Zentralbank in mittelfristiger Sicht machtlos, und die durch den Aufwertungseffekt zu erwartende Importsteigerung bleibt

ebenfalls aus, da der Preisvorteil nur sehr selten an den Verbraucher weitergegeben wird.

Wollte man auf die jüngste wirtschaftspolitisch begründete Umbildung des japanischen Kabinetts und auf die Schaffung des neuen Ressorts für außenwirtschaftliche Angelegenheiten hoffen, so wäre das trügerisch. Denn in Japan sind die Grenzen der staatlichen Intervention in privatwirtschaftliche Aktivitäten sehr schnell erreicht. Es ist auch bekannt, daß die wirtschaftliche Machtstruktur in Japan sich von der anderer westlicher Industrienationen unterscheidet. Es stellt sich daher die Frage, ob die japanische Regierung tatsächlich der entscheidende Kontrahent ist. wl

China

Jedem nach seiner Leistung

Ende November hat die Partei- und Staatsführung Chinas ein Akkordlohn- und Prämiensystem eingeführt. Dies stellt einen Bruch mit der bisherigen Wirtschaftspolitik dar, die nahezu allein von politischen Anreizen ausging und in schwierigen Wirtschaftslagen sogar einen Verzicht auf Teiles des Lohnes propagierte. Laut Mao sollten die Löhne allein nach politischer Loyalität und nach Bedürfnissen ausgerichtet sein. Warum jetzt diese Wende?

In den Äußerungen des Vize-Premiers Yu Chiu-wird auf ein nachlassendes Wachstum hingewiesen und offen die unwirtschaftliche Produktionsweise beklagt: zu hoher Rohstoffverbrauch, geringe Arbeitsproduktivität, nachlässige Instandhaltung der Anlagen, schlechte Qualität der Erzeugnisse und ungenügendes Management. Die chinesische Wirtschaft scheint damit vor denselben Problemen zu stehen wie die osteuropäischen Staaten in den sechziger Jahren. Die anfängliche Bereitschaft der chinesischen Bevölkerung, wirtschaftliche Leistung über politische Stimulierung zu erbringen, hat nachgelassen. Nach der Machtübernahme konnte die Parteiführung noch hohe Wachstumsraten erzielen, indem sie unter Anwendung einfacher Techniken Beschäftigung auf breiter Basis ermöglichte. Diese Möglichkeit ist jetzt ausgeschöpft worden. Mit zunehmender technischer Ausrüstung des Arbeitsplatzes wurde ein rein extensive Ausrichtung des Wachstums zu kostspielig.

Obwohl das chinesische Prämiensystem dem in den osteuropäischen Staaten gleichen dürfte, wird betont, daß diese Ähnlichkeit nur oberflächlich sei. Im Grunde – so chinesische Quellen – wird nur das Marxsche Prinzip „jedem nach seiner Leistung“ verwirklicht. Im übrigen soll die politische Stimulierung weiterhin an erster Stelle bleiben. e